

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1922

10.3.1922 (No. 59)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher Zeitung
Straßen-Nr. 14
Verantwortlicher:
Nr. 953
und 954
Postfach-Nr.
Karlsruhe
Nr. 3515.

Verantwortlich:
Hauptredakteur
C. K. M. e. n. d.
Druck
und Verlag:
G. Braunische
Hofbuch-
druckerei, belbe
in Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert vierteljährlich 36 M. — Einzelnummer 50 P. — Anzeigengebühr: 1.— M für 1 mm Höhe und ein Element Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreder Rabatt, der als Kaszentrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Anläßliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstr. 14 zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Konfiskation fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gebühr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Amerika und die Konferenz von Genua.

Die ablehnende Antwort, die die Vereinigten Staaten auf die Einladung zur Konferenz hin der italienischen Regierung zuteil werden ließen, zeigt uns am besten, wie recht Dr. Rathenau gehabt hat, als er in seiner vorsichtigen Beurteilung der Konferenz dieser vor allem die Aufgabe zuwies, die politische Atmosphäre in Europa als solche zu reinigen und ein freundschaftliches Zusammenarbeiten aller europäischen Staaten herbeizuführen. Mit Recht hat er davon gesprochen, daß dieser Konferenz sicherlich noch weitere folgen werden, und er hat dabei wohl im Innern damit gerechnet, daß erst diese späteren Konferenzen praktische Lösungen des großen Wiederaufbauproblems bringen werden. Daß solche Lösungen ohne die Teilnahme Amerikas unmöglich sind, hat gerade Dr. Rathenau ausdrücklich betont.

Wenn nun Amerika ablehnt, nach Genua zu kommen, so mögen mancherlei Gründe dafür maßgebend gewesen sein. Die offizielle Begründung aber läßt deutlich erkennen, daß die Vereinigten Staaten die Konferenz von Genua deshalb für unnötig halten, weil sie lediglich eine europäische Konferenz ist. Die europäischen Nationen seien unfähig, von sich aus Maßnahmen für die Heilung der Kriegsschäden zu treffen und das Wirtschaftsleben Europas zu stabilisieren. Im übrigen nimmt die Begründung Anstoß daran, daß Rußland zu der Konferenz geladen sei, da das eine Anerkennung Sowjet-Rußlands bedeute; Amerika habe sich dazu noch nicht entschließen können, die Sowjet-Regierung anzuerkennen.

Es ist schwer für uns, die amerikanische Logik zu begreifen. Wenn Amerika wirklich der Meinung ist, daß Europa nur mit seiner (Amerikas) Hilfe gefunden kann, dann hätte es in Konsequenz dieser Meinung mit der Entente zusammen schon längst Schritte tun können, um gemeinsam einen Plan für den Wiederaufbau Europas zu entwerfen. Obwohl Lloyd George Amerika immer wieder zur Mitarbeit aufgefordert hat, hat die Regierung in Washington noch bisher jedes Mal abgelehnt, und zwar meistens mit dem Hinweis darauf, daß jeder Erdteil vor allem seine eigenen Angelegenheiten zu besorgen habe, und daß Europa zumal zunächst versuchen müsse, aus eigenen Kräften zu heilen. Europa ist unter Lloyd George's Führung daran gegangen, diesen Versuch so gut es geht zu wagen. Und gerade deshalb ist ja die Konferenz von Genua anberaumt worden. Jetzt paßt das aber wieder der amerikanischen Regierung nicht.

Es wäre an der Zeit, daß Amerika dem europäischen Kontinent endlich sagt, wie man sich denn in Washington den Wiederaufbau Europas denkt, und was nun eigentlich praktisch zu geschehen hat, um die aktive Teilnahme Amerikas zu garantieren. Es mag ja schon sein, daß man in Washington der Ansicht ist, daß die Konferenz vor allem deshalb überflüssig sei, weil auf Frankreichs Betreiben das wichtigste Problem, nämlich das deutsche Reparationsproblem, von den Beratungen der Konferenz ausgeschlossen sei. Wenn dem aber so ist, so sollte Amerika nicht zögern, diese seine Ansicht auch mit allem Nachdruck öffentlich auszusprechen.

Denn in der Tat wird ja der Wiederaufbau Europas immer wieder von Frankreich sabotiert. Und so wird denn auch zuerst einmal Frankreich gründlich zur Reife gebracht werden müssen, bevor man mit wirklichen Aussichten auf Erfolg an die Arbeit zur Wiedergesundung Europas herangeht. Zur Reife gebracht werden kann Frankreich aber nach Lage der Dinge nur durch Amerika. Und wenn nun auch die Konferenz in Genua ohne Amerika stattfinden und in erster Linie wohl lediglich den Effekt haben wird, daß sich einmal alle Nationen Europas scheidlich-friedlich an einen gemeinsamen Verhandlungstisch setzen und sich dort, wie man so zu sagen pflegt, „gründlich beschnuppern“, so ist vielleicht auch dieser Effekt nicht ganz zu verachten, da ja zweifellos der Konferenz in Genua neue Konferenzen werden folgen müssen. Und zwar werden dies am besten nicht mehr europäische, sondern Weltwirtschaftskonferenzen sein, unter deren bessere Einsicht sich dann Frankreich zu beugen hat.

Wie Frankreich so ziemlich bei einer jeden Gelegenheit versucht, die vernünftige und friedliche Entwicklung der europäischen Politik zu stören, das erleben wir jetzt zur Genüge aus den Berichten über die zurzeit in Paris tagende Konferenz der alliierten Finanzminister. Mit einer schier beispiellosen Nonchalance hat der französische Finanzminister unter Anführung recht fragwürdiger staatsrechtlicher Gründe Einzelheiten an den Botschläffen von London und Cannes als abänderungsbedürftig bezeichnet. Da sich das französische Parlament zu den seit Spanien abgeschlossenen Verträgen nicht geäußert habe, seien diese wertlos, und die Verhandlungen müßten wieder von vorne beginnen. Wie bei einem solchen Verhalten Frankreichs überhaupt noch etwas Vernünftiges für die europäische Politik herauskommen soll, wird man sich wohl nicht nur in Deutschland fragen.

Bei uns in Deutschland sind wir inzwischen durch die endgültige Einigung über das Steuerkompromiß um einen guten Schritt vorwärts gekommen. Außer den Regierungsparteien treten auch die Bayerische Volkspartei und die Deutsche Volkspartei für dieses Steuerkompromiß ein. Die Zwangsanleihe ist beschlossen. Sie soll in den ersten 3 Jahren unverzinslich bleiben und uns noch im Etatjahre 1922 den Betrag von 1 Milliarde Goldmark aufbringen. Für die Annahme des Gesetzes ist eine überwiegende Mehrheit im Reichstag gesichert. Der Reichskanzler, der sich für das Steuerkompromiß mit aller Kraft einsetzte, darf mit dem gestern erzielten Resultat zufrieden sein.

Die Bautätigkeit in Freiburg im Jahre 1921.

Die Neubautätigkeit hat im Jahre 1921 in der Stadt Freiburg weitere erfreuliche Fortschritte gemacht, wenn auch die Zahl der neuerrichteten Wohnungen noch weit hinter dem Bedarf zurückbleibt. Von der Wiederbelebung der Bautätigkeit hängt zu einem wesentlichen Teil die Befundung und Erhaltung der gesamten deutschen Wirtschaftsverhältnisse ab. Außer Nahrung und Kleidung gehört die Wohnung zu den dringendsten Bedürfnissen des menschlichen Lebens. Die Beschaffung von Wohnungen bildet eine der wichtigsten Aufgaben der Gemeinden in der Nachkriegszeit, denn nur der Wohnungsneubau bringt eine Linderung und Behebung der drückenden Wohnungsnot.

Nach den Zusammenstellungen der Stadtbaukontrolle wurden im Berichtsjahr 143 (1920: 72) Haupt- und 13 (11) Nebengebäude sowie 90 (40) Um-, An- und Stodaufbauten fertiggestellt. Hierbei ergaben sich insgesamt 336 (174) neue Wohnungen, welche sich auf die einzelnen Wohnungsgrößenklassen, wie folgt, verteilen:

Jahr	Wohngebäude		Zahl der neu entstandenen Wohnungen mit Zimmern								Wohnungen im ganzen	davon durch Umbauten	Geschäftslokale
	Hauptgebäude	Neben- und Hintergebäude	1	2	3	4	5	6 bis 7	8 u. mehr				
Freiburg im ganzen													
1921	143	13	4	111	185	26	5	2	3	336	140	118	
1920	72	10	2	40	92	28	1	9	2	174	25	21	
1919	7	18	21	43	45	3	2	4	1	119	27	27	

Von den 336 Wohnungen sind 268 Dauer- und 78 Behelfswohnungen. Die Zahl der neu gewonnenen Wohnräume beträgt 933 (1920: 603), von welchen 707 auf Haupt- (Bordere-) und 226 (52) auf Neben- und Hintergebäude entfallen; dazu kommen noch 118 (91) Geschäftslokale und 107 (64) Dachkammern. Von den Hauptgebäuden sind 136 (57) Einfamilien- und 7 (12) Mietshäuser. Erloschen sind 52 Baugenehmigungen.

An Gebäuden, die nicht zum Wohnen bestimmt sind, wurden fertiggestellt: 81 (3) Haupt-, 239 (84) Nebengebäude, 4 (1) Stodaufbauten und 54 (26) Um- und Anbauten der verschiedensten Art. Hierbei wurden zusammen 108 Werkstätten, Büros, Lager- und sonstige Gewerberäume gewonnen. Das Berichtsjahr gehört zu den erfolgreichsten Baujahren, welche die Stadt Freiburg seit 1908 zu verzeichnen hat. Eine größere Zahl von neuen Wohnungen hat nur das letzte Vorkriegsjahr (1913) aufzuweisen, in welchem der Wohnungsmarkt einen Aufschwung von 346 Wohnungen erhielt, während es von 1908 bis 1912 nur deren 160 bis 208 waren.

Dem Wohnungszugang steht infolge Umbaus ein Abgang von 10 (4) Wohnungen mit insgesamt 50 (30) Wohnräumen und 28 (2) Geschäftslokale gegenüber, so daß der Neuzugang an Wohnungen 336 beträgt. Zwei Villen in der Reichstraße mit insgesamt 33 Wohnräumen wurden zu einem Sanatorium umgestaltet.

Wie im vergangenen Jahre, so haben sich auch im Berichtsjahre die privaten Bauunternehmer wegen der hohen Baukosten (Materialpreise, Löhne usw.) nur in sehr geringem Umfang am Wohnungsbau beteiligt. Es wurden in der Haupt-

sache wieder nur von der Stadtgemeinde und gemeinnützigen Bau- und Siedlungsgenossenschaften kleine Einfamilienhäuser mit Drei- und Vierzimmerwohnungen geschaffen. Von der Stadtgemeinde wurden 48 Häuser (darunter 46 kleine Einfamilienhäuser) mit insgesamt 66 (1920: 90) Wohnungen gebaut. Es wurden ferner gewonnen durch Ausbau von Stalungen der ehemaligen Artilleriekasernen 45 und von 17 Lagerbaracken 51 Behelfswohnungen. Vom Reich (Eisenbahnverwaltung) wurde ein Doppelwohnhaus mit 7 Dreizimmerwohnungen erstellt.

Der Genossenschaftsbau war nur möglich infolge Gewährung von Baukostenbeihilfen durch Reich, Staat und Stadt; er ist an der Neubautätigkeit mit 92 Häusern und 118 (im Vorjahr 61) Wohnungen beteiligt; darunter befinden sich 9 Behelfsbauten mit 27 Wohnungen der Siedlungsgenossenschaft betriebener Eisaf-Lothringer. Auf den privaten Wohnungsbau entfallen nur 12 Häuser mit 18 Wohnungen; hiervon sind 9 Einfamilien- und 3 Mietshäuser. Das Vorherrschende des gemeinnützigen und kommunalen Wohnungsbauwesens ist in den meisten deutschen sowie auch in den größeren Schweizer Städten (Zürich, Basel, Bern usw.) zu beobachten. In Zürich gibt es einen privaten, von Bund, Kanton oder Gemeinde nicht unterstützten Mietwohnungsbau seit 1919 nicht mehr; die private Bautätigkeit beschränkt sich dort vielmehr wie bei uns fast ausschließlich auf die Erstellung von Einfamilienhäusern.

Charakteristisch für den vorwiegend städtischen und genossenschaftlichen Wohnungsbau ist, wie überall, die große Zahl von Kleinwohnungen (88 v. Hundert der Gesamtzahl), welche dort ihm errichtet wurden. Den 186 (1920: 92) Dreizimmer- und 111 (40) Zweizimmerwohnungen stehen nur 26 (28) Vierzimmer- und 10 (12) Wohnungen mit 5 und mehr Zimmern gegenüber.

Politische Neuigkeiten. Das Steuerkompromiß gesichert.

Im Reichstag gelangte gestern in einer Besprechung zwischen den Vertretern der Deutschen Volkspartei, des Zentrum, der Deutschen Demokratischen Partei, den Mehrheitssozialisten und der Bayerischen Volkspartei, die zusammen die große Mehrheit des Reichstags repräsentieren, nach monatelangen Verhandlungen und unter persönlicher Mitwirkung des Reichskanzlers die Steuerkompromißverhandlungen zu einem positiven Abschluß. Die sämtlichen Parteien werden nunmehr dem Reichstage sofort einen gemeinsamen Antrag vorlegen, welcher die bereits durchberatene 14 Steuererhöhungen und als Ergänzung hierzu eine Bestimmung über die Zwangsanleihe zum Gesetz erhebt. Durch die Zwangsanleihe, die in den ersten drei Jahren unverzinslich bleibt, soll ein Betrag von 1 Milliarde Goldmark noch im Etatjahre 1922 aufgebracht werden.

Die Deutsche Volkspartei hatte in Form einer Denkschrift Forderungen aufgestellt, die im wesentlichen verlangen, daß die neuen Mittel für die Sachleistungen auf Reparationskontos und nicht etwa zur Deckung von Fehlbeträgen bei den Reichsbetrieben verwendet werden. Sie verlangt ferner Maßnahmen zur Vereinfachung und Verbilligung der Reichsverwaltung, tinslichen Abbau der Zwangswirtschaft, Beteiligung der Wirtschaftskreise und des Parlaments bei Abschluß wirtschaftlicher Abkommen mit dem Auslande und Abbau der Ausgabe von Schatzscheinen. Diesen Grundfäden traten die Vertreter der übrigen Parteien bei. Der Reichskanzler stellte fest, daß sie als Richtlinien für die Regierung gelten würden. Er sprach allen, die an dem großen Werke des Steuerkompromisses mitgeholfen, den Dank der Regierung aus.

Für die Annahme des Gesetzes ist nunmehr eine überwiegende Mehrheit im Reichstag gesichert.

Reichsfinanzminister Hermes.

Aus Berlin berichtet das WZ.: Der Reichspräsident hat den bisherigen Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Dr. Hermes unter Entbindung von der Führung dieses Ministeriums zum Reichsminister der Finanzen ernannt.

Deutscher Reichstag.

Auf der Tagesordnung der gestrigen Reichstags-Sitzung stand die zweite Lesung der Branntweinmonopolvorlage.

Abg. Esserstedt (S.) begründet die Notwendigkeit einer Erhöhung der Steuereinnahmen aus dem Branntwein mit den Forderungen der Entente. Es handelt sich hier keineswegs um ein Fabrikationsmonopol, sondern um ein Zwischenhandelsmonopol. Die Ware ist, wie wir uns überzeugt haben, einwandfrei. (Zuruf der Kommunisten: Wir haben nicht mitgeholfen!). Wenn Sie von Korruption nichts wissen, verweise ich Sie auf Moskau. (Abg. Koehnen-Komm.: Sie Schatzstopp! Abg. Koehnen erhält einen Ordnungsruf.) Die Lagung des Reichslanbundes hat uns bewiesen, daß für die Brennereinteressen der Landwirtschaft ausschließlich Profit such Profitsucht ausschlaggebend ist. Demgemäß scheint uns die Zusammenfassung des Betrags der Monopolverwaltung bedenklich, da wir sie nicht objektiv genug halten hinsichtlich der Festsetzung der Preise und der zu erzeugenden Alkoholmengen. Wir stimmen der Vorlage zu, da die Erträge des Monopols auch sozialen Zwecken zugeführt werden und der Weg zu dem Weinmonopol frei ist.

Abg. Schulz-Gahmen (Z.) sieht in der Vorlage ein überwiegend wirtschaftspolitisches Gesetz, durch das die Öffentlichkeit und der Reichstag ein Kontrollorgan erhält. Redner stimmt

auch der Entscheidung des Ausschusses zu, monach die Verwaltungsstelle des Monopols in eine Aktiengesellschaft umgestaltet werden soll. Schwere Bedenken hat meine Partei gegen die Kontingenzierung der Alkoholherstellung, wie sie in diesem Gesetz festgelegt wird und wodurch die landwirtschaftlichen Brennereien unter 35 Prozent des Brennrechtes herabgedrückt werden. Im übrigen stimmen wir der Vorlage zu und wünschen nur, daß die Vorschriften dieser Entscheidungen auch auf solche Betriebe ausgedehnt werden, deren Inhaber infolge des Friedensvertrages aus den abgetretenen Gebieten abgewandert sind.

Abg. Körner (Dt. Nat.) tritt für eine engere Begrenzung des Monopols ein. Der Landwirtschaft muß der notwendige Hilfsbetrieb der Brennereien möglichst im alten Umfang erhalten bleiben. Die erhöhten Abgaben werden aber nicht ohne Einfluß auf die Produktion bleiben, denn die Brennereien sind schon heute ein Sorgenkind der Landwirtschaft. Es müßten demgemäß weit mehr Mittel für den Kartoffelbau ausgeworfen werden.

Abg. Dusch (Dt. Sp.) bedauert, daß das Branntweinmonopol außerhalb des allgemeinen Rahmens der Steuererlasse behandelt wird, stimmt der Umwandlung der Verwaltungsstelle der Monopolverwaltung in eine Aktiengesellschaft zu und gibt der Erwartung Ausdruck, daß das Gesetz kein Gewerbe erdroffeln möge.

Abg. Buchta (U.S.P.) sieht in dem Gesetz keinen Schritt zum Staatsmonopol, sondern höchstens einen Schatten eines Monopols. Jedenfalls sei nicht zu rechtfertigen, das wichtige Volksernährungsmittel, die Kartoffel, den Brennereien zu opfern. Spiritus wie auch Essig seien aber auch aus anderen Rohstoffen zu gewinnen. Dieses Gesetz hindert aber die Produktion und will das Brenngewerbe künstlich erhalten. Dann wird die traditionelle Bevorzugung der Agrarier fortgesetzt. Seine Partei lehne das Gesetz ab, da die sonstigen Steuerquellen noch nicht erschöpft seien.

Abg. Dietrich-Baden (Dem.) stimmt der Umwandlung der Verwaltungsstelle in eine Aktiengesellschaft zu, will aber trotzdem an dem Monopol festhalten. Die Landwirtschaft könne auf die Brennerei nicht verzichten, sonst würde namentlich bei Witterungsumschlägen sie zu große Abfallmengen haben. Jedenfalls dürfe die Verwaltung nicht im Besitz der alten Kriegsgesellschaften arbeiten, sondern müsse mit geringen Mitteln Höchstleistungen schaffen.

Abg. Herbert-Franken (Bayer. Sp.): Ein Vollmonopol könnte uns nicht beglücken es würde ein Schritt zur Sozialisierung sein. Das Gesetz enthält namentlich für Süddeutschland besondere Härten. Zu bedenken sei, daß die bayerische Kartoffel weniger Stärkegehalt besitzt und daß die Kohle weit teurer bezahlt werden müsse. Deutschland könne nur gedeihen, wenn die Rechte der Einzelstaaten nicht weiter beeinträchtigt werden.

Abg. Dr. Geher (Komm. A.G.) lehnt das Gesetz ab und fordert Verbot der Herstellung, des Transports, der Ein- und Ausfuhr von Branntwein.

Abg. Hollein (Komm.): Diese Politik paßt durchaus in die Sinneseinrichtung der Nation. Es handelt sich um die weitere Ausplünderung der Massen. Daher bekämpfen wir das Branntweinmonopol mit allen Kräften und wollen es zu Fall bringen. Nur zu technischen und medizinischen Zwecken soll Alkohol hergestellt werden, ohne dadurch die Volksernährung zu beeinträchtigen.

Damit schließt die allgemeine Aussprache. Freitag nachmittag 2 Uhr: Pensionsfürsorgegesetz, Kapitalflucht, Spezialberatung des Branntweinmonopols und Reichsernährungsetat.

Der Reichspräsident u. das Reichsgericht.

Der zweite Tag der Anwesenheit des Reichspräsidenten in Leipzig galt dem Besuch des höchsten deutschen Gerichtshofs, dem Reichsgericht. Der Reichspräsident trat um 12 Uhr, begleitet von dem Reichsjustizminister und den übrigen in Leipzig anwesenden Ministern, in das Reichsgericht ein. Hier wurde der Reichspräsident und die übrigen Herren von dem Präsidenten des Reichsgerichts, Deslorb, und dem Präsidenten des Reichsgerichtsrats, Deslorb, und dem Präsidenten des Reichsgerichtsrats, Deslorb, empfangen. Nach der Vorstellung des Reichspräsidenten nahmen der Reichspräsident und der Reichsjustizminister an je einer Sitzung des Zivilsenats und des Strafsenats teil.

Im Anschluß hieran fand beim Präsidenten des Reichsgerichts ein Frühstück statt, an dem außer dem Reichspräsidenten und den Reichsministern die Reichsgerichtspräsidenten teilnahmen. Der Reichsgerichtspräsident richtete an den Reichspräsidenten Worte der Begrüßung, auf die der Reichspräsident mit folgender Ansprache erwiderte:

Herr Präsident! Meine Herren! Sichtbar und vernehmlich vollzieht sich der Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft. Ich habe es beim Besuche der Leipziger Messe mit stolzer Bewunderung erlebt. Still und unmerklich geschieht der nicht minder wichtige Aufbau des deutschen Rechts. Der Boden hat unter

uns gewankt in diesen schweren Jahren, auch der Rechtsboden. Das Rechtsbewußtsein ist gelodert, überkommene Rechtsanschauungen sind erschüttert. Die Rechtspflege ist vor die schwere Aufgabe gestellt worden, altes Recht und neues Rechtsgefühl in Einklang zu setzen. Sie, meine Herren, haben bei dieser verantwortungsvollen Aufgabe die Führung. Das Reichsgericht hat in bedeutenden Entscheidungen bewiesen, daß es sich seiner Aufgabe bewußt und ihrer Erfüllung mächtig ist. Aber es ist Ihnen nicht vergönnt, Ihren neuen Aufgaben in der den Tageskämpfen entrückten Ruhe von ehedem unangefochten abzuliegen. Dem höchsten Gerichtshof des Reiches ist die Pflicht zugefallen, den Krieg und die Erschütterungen, die ihm folgten, juristisch zu stabilisieren. Die schwersten Aufgaben, die wohl je einem Richter oblagen, sind auf Ihre Schultern gelegt worden und das Reichsgericht ist in den Brennpunkt des öffentlichen Interesses gerückt und der öffentlichen Kritik des Inlandes wie des Auslandes. Aber zu den abspreekenden amtlichen Kritiken des Auslandes steht in bemerkenswertem Gegensatz die belobte Anerkennung bedeutender ausländischer Juristen. Der Reichsminister der Justiz hat bei Beratung des Justizetat mit Recht auf die Zeugnisse dieser Anerkennung hingewiesen und mit den Worten geschlossen: „Respekt vor dem Reichsgericht!“ Er hat mit diesem Ausdruck nicht nur der Überzeugung der Reichsregierung Ausdruck gegeben, daß ich mich rückhaltlos anschließe, sondern zweifellos auch das uneingeschränkte Empfinden vieler Juristenkreise, auch solcher des Auslandes, ausgedrückt. So bringe ich dem Reichsgericht, Ihnen, Herr Präsident, und Ihnen, meine Herren, die Grüße der Reichsleitung dar und unsere Dank und unsere Anerkennung für Ihre mühselige Arbeit. Ich bin überzeugt, daß der oberste Gerichtshof des Reiches seiner schweren Aufgabe gewachsen ist, auch nach der Neuordnung unserer staatlichen Grundlagen und nach der weitreichenden Umgestaltung des Rechts und des Verfahrens das Vertrauen des deutschen Volkes sich zu bewahren und sich damit den höchsten Lohn zu sichern, der einem Richter zuteil werden kann.

Zur Neuregelung der Beamtenegehälter.

Im Beamtenauschuß des Reichstags am Mittwoch gab Ministerialdirektor v. Schlieben vom Finanzministerium die Erklärung ab, daß er gekommen sei, um vom Auschuß zu hören, wie er sich die Neuregelung der Beamtenegehälter denke. Ministerialrat Kühnemann führte aus, daß das Kabinett zu den Fragen der Besoldungsneuordnung noch nicht im einzelnen Stellung genommen habe. Die Neuordnung verlange, daß etwas Wesentliches getan werde. Man denke daran, bei der Besoldungsgruppe III einen bestimmten Betrag zum Grundgehalt zuzulegen, der sich bei den folgenden Gruppen verringern müsse. Bei welcher Gruppe der Zuschlag verschwinden könne, stehe noch nicht fest. Der Wunsch, die Steigerung von Gruppe zu Gruppe in gleichen Prozentsätzen vorzunehmen, sei unerfüllbar. Es würden sich für die Gruppen VI, VII usw. so hohe Gehälter ergeben, daß dies für die unteren Gruppen nicht zu ertragen wäre. Eine solche Regelung sei weder sozial, noch sei sie sachlich zu rechtfertigen, weil im Gehalt die Kosten für Ausbildung zum Ausdruck kommen sollen. Diese aber seien bei gewissen Gruppen ungleich höher als bei den mittleren. Ein Abbau der Wirtschaftsbetriebe sei nicht möglich. Offen bleibe die Frage einer besonderen Zulage für die Ehefrauen.

Abg. Morath (D. Sp.) forderte, schon der Gruppe I, nicht erst der Gruppe III, ein ausreichendes Einkommen zu gewähren, dann aber den Aufbau von Gruppe zu Gruppe in gleicher Spannung vorzunehmen. Jeder Versuch, auf Kosten der mittleren Gruppen von V bis XII zu sparen, sei unannehmbar. Die Feuerungszulage müsse nach gleichen Prozentsätzen gegeben werden. Die Frauenzulage ist abzuschaffen. Sie werde von der Regierung wohl nur aus vorläufigen fiskalischen Gründen befristet. Die Kinderzulage dagegen müsse erhöht werden.

Auch Abg. Schulz (D.) verlangte, daß die Aufbesserung schon bei der untersten Gruppe beginnen müsse.

Abg. Steinhoff (E.) meinte, es sei falsch, zu verlangen, daß der Beamte unter allen Umständen dasselbe Einkommen haben müsse wie der Arbeiter. Seine Partei werde alles aufbieten, um zu verhindern, daß man den Feuerungszuschlag wieder nach gleichen Prozentsätzen für das Gesamtgehalt gebe, wie es die Vorredner forderten.

Ministerialrat Kühnemann trat der Auffassung entgegen, daß er gegen eine angemessene Aufbesserung für die mittleren Gruppen sei. Er habe nur hervorgehoben, daß bei einer Steigerung nach gleichen Spannungen die Gruppen VI, VII usw. so erheblich über die Gehälter der unteren Gruppen hinauskommen würden, daß das für diese nicht zu ertragen sei. Die Frauenzulagen würden keineswegs aus fiskalischen Gründen empfindlich; der Fiskus fahre im Gegenteil schlecht dabei. Abg. Delius (D.) wünschte, daß man großzügig vorgehe.

Abg. Schmidt-Sietlin (N. Nat.) erklärte, daß seine Partei unverändert die Wirtschaftsbeteiligungen ablehne, trotz der Erhöhung der Kinderzulagen und auch für Frauenzulagen ein Ministerialdirektor v. Schlieben teilte mit, daß alle Vorlesungen getroffen seien, um die Auszahlung der neuen Sätze ab 1. April vornehmen zu können. Nach weiteren Ausführungen der Abg. Alletotte (Z.), Breunig (U.S.P.), Bender (E.), sagte der Vorsitzende Abg. Dessler (D. Nat.) das Ergebnis der Aussprache dahin zusammen, daß schon der untersten Gruppe ein zum Lebensunterhalt ausreichendes Einkommen verschafft werden soll; darin bestehe Einmütigkeit. Keine Einigung sei in der Frage des Aufbaus der Gruppen zu erzielen gewesen. Ebenfalls sei man sich bezüglich der Frauenzulage einig. Die Mehrheit lehne sie ab. Allgemein wünsche man dagegen die Aufbesserung der Kinderzulagen.

Amerika lebt ab.

Amerika hat die Teilnahme an der Konferenz in Genua abgelehnt.

In der amerikanischen Note über die Genuefer Konferenz heißt es u. a.: Die Frage der Teilnahme der Vereinigten Staaten an der vorgeschlagenen Konferenz sei erst in Erwägung gezogen worden. Die Regierung der Vereinigten Staaten habe ein großes Interesse an jeder Konferenz, die wirksame Maßregeln zur Förderung des wirtschaftlichen Aufbaus Europas verheiße, da ohne eine Gesundung Europas von einer Besserung in der Welt nicht die Rede sein könne. Die vorgeschlagene Konferenz sei in der Hauptsache keine Wirtschaftskonferenz, denn von den Beratungen seien Fragen ausgeschlossen, ohne deren zufriedenstellende Lösung die Hauptsache der wirtschaftlichen Störung weiter wirken müsse; sie trage innerpolitischen Charakter und die Regierung der Vereinigten Staaten könne sich nicht in nützlicher Weise an ihr beteiligen. Nach der Überzeugung des amerikanischen Volkes solle sich seine Regierung nicht ohne dringende Notwendigkeit in Fragen der europäischen Politik verwickeln lassen. In der Begründung heißt es weiter, daß eine Teilnahme der Union an irgendeiner allgemeinen europäischen Konferenz unmöglich sei, da die europäischen Nationen unfähig seien, eigene Maßnahmen für die Heilung der Kriegsschäden zu treffen und ihr Wirtschaftsleben zu stabilisieren. Ferner erklärt die Bundesregierung, daß sie den europäischen Regierungen hinsichtlich der Teilnahme Russlands nicht zustimmen könne, da die Vereinigten Staaten ständig die Politik verfolgt hätten, die Sowjetregierung nicht anzuerkennen.

Anschlußfrage und Völkerbund.

Im Rahmen der Wiener Beratungen der Sozialistischen Gesellschaft, die der Darstellung des Anschlußgebanten im Lichte des Völkerrechts gewidmet sind, sprach Professor Walter Schilling über „Anschluß, Selbstbestimmungsrecht und Völkerbund“. Unter starker Betonung der weniger sympathischen Seiten des im „Preugentum“ verkörperten Teiles der deutschen Eigenart kam der Redner lt. „Frl. B.“ zu der Erwägung, daß das deutsche Volk zu seiner inneren Auswirkung nach auch die geistigen und moralischen Kulturwerte, deren Träger das österreichische Volkstum sei, nicht entbehren könne. Andererseits seien diese Kulturwerte in Österreich durch die wirtschaftlichen Verhältnisse und den Andrang der slavischen Umwelt bedroht. Von der einen wie von der anderen Seite ergebe sich daher die Notwendigkeit des Zusammenschlusses. Der Völkerbund aber dürfe sich dem daraus hervorgehenden natürlichen Recht Deutschlands und Österreichs nicht nur nicht widersetzen, sondern er müsse es geradezu fördern, wenn anders er, der heute freilich nur erst ein Schablonen-Sieger sei, sich seinem höheren Beruf einer obersten Macht instanz im Sinne der Selbstbestimmung der Völker nicht auf die Dauer entziehen und damit auf die Stufe der feigenen Allianz herabsinken u. schließlich das gleiche Schicksal wie diese erleiden wolle. Die Gutgesinnten in der ganzen Welt müßten daher zusammenwirken, um den Völkerbund zu einem Instrument des Rechtsgebanten in der Kultur auszugestalten. Dann sei es unausweichlich, daß dem österreichischen Volk seine in den Friedensverträgen fälschlich betonte Unabhängigkeit zurückgegeben werde, die ihm in Wirklichkeit durch den im Anschluß verbot enthaltenen Verlust des Selbstverfügungsrechtes abgeprochen wurde.

Die Finanzministerkonferenz in Paris.

Die Agence Havas berichtet: Im Laufe der Besprechungen der alliierten Finanzminister machte der französische Vertreter folgende Vorschläge: 1. Der Wert der Saargruben wird nicht auf die Rechnung der Wiedergutmachungslasten von 1922 gesetzt. 2. Die Kosten der Besatzungstruppen werden in der

Moderne Klimaforschungen in Baden.

In einem dieser Tage ergangenen Aufsatze zur Gründung einer Gesellschaft für moderne Klimaforschung in Baden führen die Unterzeichner Dr. van Dorp, leitender Arzt des Sanatoriums Bühlerhöhe, Dr. Willy Dellpaß, Professor an der technischen Hochschule, Dr. S. Gramer, Kreisgesundheitsdirektor, Dr. A. Poppert, Direktor der badischen Landeswetterwarte, folgenden aus:

Die gewaltige Entwicklung der Physik in den letzten Jahrzehnten hat auch auf dem Gebiete der Klimaforschung neue Probleme gebracht, deren Lösung eine exaktere Ausgestaltung der Beobachtungsmethoden erfordert. Die ältere, von Alexander von Humboldt begründete Klimatologie, beobachtete nur Luftdruck, Temperatur, Feuchtigkeit, Bewölkung, Wind und Niederschlag. Jetzt treten neue Elemente in den Vordergrund des meteorologischen Interesses. Die Wärmestrahlung ist zu einem wichtigen Forschungsgebiet geworden, nachdem vor etwa 20 Jahren brauchbare Strahlungsmesser konstruiert worden sind. Dabei handelt es sich um die Kenntnis der Totalintensität der Sonnenstrahlung und ihrer quantitativen Verteilung im gesamten Energiespektrum. Die Atmosphären- und Schemelstrahlung ist ebenfalls ein wichtiges klimatologisches Element, das man so lange unterschätzte, als man es nicht zu messen verstand; auch die Messung der Erdstrahlung gehört in jedes moderne Beobachtungsprogramm. Dazu kommen Untersuchungen über die Licht- und Wellenlängenverhältnisse, die Farbe des Himmelslichts, die Polarisation der Lichtstrahlen, die Sichtigkeit und andere meteorologisch-optische Erscheinungen.

Neben dem Strahlungs- und Lichtstudium finden luftleitetrische Forschungen steigende Beachtung. Die regelmäßige Messung des elektrischen Potentialgefälles, der Leitfähigkeit, des elektrischen vertikalen Leitungsstroms und der radioaktiven Erscheinungen im Luftmeer darf nicht mehr außer acht gelassen werden.

Vielen dieser Untersuchungen wohnt schon heute eine hervorragende praktische Bedeutung inne. Die seitler gebräuchliche Charakterisierung der klimatischen Verhältnisse eines Ortes durch die sechs ursprünglich bekannten meteorologischen Elemente genügt schon lange nicht mehr zur Lösung der vor

allem bei landwirtschaftlichen und medizinischen Untersuchungen auftauchenden Probleme. Licht und Sonne sind für das Wachstum und Gedeihen unserer Kulturpflanzen von nicht geringerer Bedeutung als die Temperaturverhältnisse einer Gegend. Auch zur Gewinnung neuer, ergatter Anhaltspunkte für die Heilwirkung bestimmter Klimate reicht die frühere klimatologische Forschung nicht aus, denn ein physiologisch und therapeutisch außerordentlich wirksames Element, die blaueviolette und ultraviolette Strahlung wurde von der alten Meteorologie überhaupt nicht gemessen.

Gerade unser Badener Land verspricht durch seine in anderen deutschen Ländern nicht vorhandene Reichhaltigkeit an Klimazonen besonders wichtige und praktische verwendbare klimatologische Forschungsergebnisse. Seine südlichen Gebiete im Schatten der Alpen und an den Ufern des größten deutschen Binnensees vermitteln den Übergang zu südlichen Klimaten, während der Norden zu der mittel- und norddeutschen Klimazone überleitet. Das warme Rheintal, das die wärmsten Gegenden Deutschlands enthält, bildet andererseits einen auf so kleiner Fläche sonst kaum vorhandenen Gegensatz zu dem beiführenden Schwarzwald, dessen höchste Erhebungen mit zu den kältesten, aber auch strahlungsreichsten Gegenden Deutschlands rechnen. Schon allein die klimatische Mannigfaltigkeit Badens rechtfertigt eingehendere klimatologische Untersuchungen, als sie beispielsweise in Norddeutschland mit seinen großen Ebenen und geringeren klimatischen Gegensätzen erforderlich sind. In der uns benachbarten Schweiz besteht für das Studium des Hochgebirgsklimas eine besondere Licht- und Sonnenwarte in Davos, die unter der Leitung von C. Dorn in der ganzen Welt beachtete, bahnbrechende Klimaforschungen auf moderner Grundlage betreibt. Dort ist auch, durch Dornos Arbeiten angeregt, ein Versuchsinstitut für Hochgebirgs-Physiologie der Tuberkulose begründet worden. Baden sollte dem Nachbarlande gegenüber nicht zurückbleiben. Unsere Aufgabe wird vor allem in einem eingehenden Studium des Mittelgebirgsklimas bestehen. Das hochentwickelte badische Fremden- und Kurwesen, das unzählige Kranken und Erholungsbedürftigen Gesundheit und Arbeitskraft wiedergibt, rechtfertigt derartige Untersuchungen. Nicht weniger als 75 Millionen Goldmark sind in der Vorkriegszeit Jahr für Jahr seitens Kranker und Alternder allein für Erholungsreisen und Klima-

turen ins Ausland abgeflossen. Ein brauchbarer Ersatz für gewisse südliche Klimate, für den in erster Linie Baden in Betracht kommt, kann nur auf Grund eingehender Klimaforschungen einwandfrei festgestellt werden. Die Heilwirkung und Klimabehandlung in Baden (Heilstätten, Sanatorien, Gesundheitsheime) werden daher unmittelbaren Nutzen hieraus ziehen können.

Mit staatlichen Mitteln allein können die im vorstehenden kurz umrissenen Aufgaben nicht bewältigt werden. Der badische Staat, der in richtiger Einschätzung der Bedeutung neuerzeitlicher meteorologisch-klimatologischer Forschungen erst kürzlich in anerkannter Weise die badische Landeswetterwarte in Karlsruhe zu einem modernen Institut ausgebaut und auch auf dem Feldberg im Schwarzwald ein Observatorium 1. Ordnung eingerichtet hat, wird bei der Not der Zeit zu noch größeren Aufwendungen kaum in der Lage sein. Wir richten daher an alle, die Interesse an der klimatologischen Erforschung der engeren und weiteren Heimat haben, die Bitte, sich zusammenzuschließen und uns bei der Durchführung zeitgemäßer klimatologischer Forschungen unter besonderer Berücksichtigung der praktischen Bedürfnisse behilflich zu sein. Die deutsche meteorologische Wissenschaft, einst vorbildlich für alle Länder der Erde, hat heute einen harten Kampf um Weiterentwicklung und Hinsiechen auszukämpfen. Sie bedarf dringend privater finanzieller Hilfe. In erster Linie ergeht unser Ruf an die Verwaltungen der badischen Kurorte, die verschiedenen Körperschaften im Dienste der Volksgesundheit, die klimatisch und landwirtschaftlich besonders interessierten Gemeinden, an landwirtschaftliche Organisationen, an Naturwissenschaftler, Ärzte und Freunde der klimatologischen Forschung. Möge Baden, das im Jahre 1780 in seinem Lande, in Mannheim, die erste meteorologische Gesellschaft der Erde ins Leben treten sah, auch heute nach 140 Jahren wieder eine besondere Pflegestätte der meteorologischen Wissenschaft werden.

Landestheater. Am Samstag den 11. März geht Diegen Schmidts Legendenpiel „Die St. Jakobsfahrt“ zum drittenmal in Szene. Im Konzerthaus wird am Sonntag den 12. März der mit soliel Beifall aufgenommene „Munte Abend“ bei teilweise veränderten Programm wiederholt.

Handelsverträge, vereinbart für jede Art, die am der ...
Für die Zukunft sollen zwei besondere ...
die Reparationen und eine für die Kosten der Besatzung. ...
Die Leistungen werden für 1923 und die ...
folgenden Jahre aufgestellt. Verschiedene alliierte ...
haben, daß die Abkommen von London und Cannes als ...
endgültig betrachtet werden müssen, während der französische ...
Finanzminister der Ansicht ist, daß verschiedene Punkte dieser ...
Abereinkunft eine Änderung erfahren müssen. Den Wies- ...
badener Vereinbarungen ist noch nicht zugestimmt worden. Die ...
Ansichten der beiden Seiten sind noch geteilt.

Ein weiterer Bericht befaßt unterm 9. ds.:
Die Agentur Savas berichtet, im Laufe der heutigen Ver- ...
handlung hätten die alliierten Minister als Verhandlungsgrundlage ...
das Memorandum angenommen, das der französische Finanz- ...
minister der Konferenz unterbreitete, sie hätten jedoch Vorbe- ...
halte hinsichtlich der meist aufgeworfenen Fragen gemacht. Sie ...
erklärten, da die vorausgegangenen französischen Regierungen, ...
sei es im Dezember in London, sei es im Januar in Cannes, ...
Verpflichtungen übernommen haben, obwohl damals kein Text ...
angenommen worden sei, betrachten die Alliierten die fran- ...
zösische Regierung, wenn nicht juristisch, so doch moralisch ver- ...
pflichtet, diese Abkommen zur Ausführung zu bringen. Sie ...
seien der Ansicht, daß, wenn man sich strikte auf den juristischen ...
Standpunkt stelle, man notwendigerweise auf das Abkommen ...
von Spa zurückgreifen müsse, das Frankreich weniger günstig ...
sei, als die beiden nachträglich erfolgten Abmachungen. Tats- ...
ächlich habe die französische Regierung inwieweit vorteilhaf- ...
tere Bedingungen hinsichtlich der Kohlen, der Sachlieferungen ...
nach dem Abkommen von Wiesbaden usw. erlangt. Unter die- ...
sen Umständen scheine es, so berichtet Savas weiter, daß an- ...
gestrichelt der von der Regierung Briand übernommenen Ver- ...
pflichtungen, die wesentlich das überschreiten, was ihm früher ...
zugestanden war, der französische Finanzminister sich damit ...
begnügen müsse, von seinen Kollegen Änderungen von Ein- ...
zelheiten oder eine teilweise Revision der in Cannes ange- ...
nommenen Resolutionen zu erlangen. Im übrigen handle es ...
sich bei den aufgeworfenen Fragen nur um einige zehn Mil- ...
lionen, die die Vergangenheit betreffen. Die große Sorge des ...
Finanzministers aber sei für die Zukunft neue Grundlagen zu ...
schaffen, um für die allgemeinen Zahlungen Deutschlands ...
Garantien zu schaffen. Im Laufe der Verhandlungen hätten ...
die alliierten Minister Gelegenheit gehabt, diese ernststen und ...
weitgehenden Probleme anzuschneiden.

Polen als Siegerstaat.

Grz. Die polnischen Mächte ergreifen sich in Ausführungen, ...
Polen habe die „Führung der Kleinen Entente“ übernommen ...
und werden, Polen habe von französischen Banken das Ver- ...
sprechen einer Anleihe in Höhe einer Milliarde Franken er- ...
halten. Mit pathetischen Worten zählen die polnischen ...
Zeitung die Erfolge der äußeren Politik Polens auf: Wilna ...
und Oberkärnten, die zeitweilig schon als verloren galten, ge- ...
hören nun endgültig dem weissen Adler. Dankbar erkennt die ...
polnische Öffentlichkeit an, daß die schwindelnde Laufbahn ...
Polens in den letzten drei Jahren der rätselhafsten Unterstüt- ...
zung der ersten Militärmächte der Welt, dem polnischen Pro- ...
fektor an der Seine, zu verdanken sei. Noch nie in seiner Ge- ...
schichte seit den Tagen Johann Sobieskis habe Polen in Eu- ...
ropa eine so große Rolle gespielt, wie gerade jetzt. Den Au- ...
ßenminister Sturmund wird von der Öffentlichkeit unmei- ...
schuldig Lob gesendet. Während die Lage der Regierung ...
Konfidenz sehr schwierig wird, erhebt sich Sturmund als ein- ...
ziges Mitglied dieser Regierung des größten Ansehens bei ...
allen Parteien. Sein gespanntes Verhältnis zu Pilsudski er- ...
höht in gewissen Kreisen nur noch seine Popularität und seine ...
Aussichten auf den Sessel des Regierungschefs.

Kurze polit. Nachrichten.

* Französische Briefüberwachung. Die französische Be- ...
satzungsbehörde hat am 4. März unerwartet wieder in Mainz ...
die Postüberwachung eingeführt und Kontrollstellen bei den ...
Postämtern 1 und 3 dafelbst eingerichtet. Für Absender von ...
Briefen usw. nach dem besetzten Gebiet erscheint es dringend ...
geboten, in ihren Mitteilungen alles zu vermeiden, was im ...
Falle einer Durchsicht ihrer Sendungen ihnen selbst und ins- ...
besondere auch dem Empfänger zum Nachteil gereichen könnte.

Badische Uebersicht. Badischer Landtag.

DZ. Karlsruhe, 9. März.

In der Nachmittagsitzung äußerte sich Minister Kemmele zu- ...
nächst über den Betrieb der Heil- und Pflanzanstalten. Eine ...
Direktorenkonferenz war sich einig, daß das Ziel eine men- ...
schenwürdige Behandlung der Kranken sein müsse. Auf deren ...
Kosten dürfe nicht gespart werden. Zur Steuererhebung ...
bemerkte Redner, daß an eine durchgreifende Änderung des ...
Systems nicht zu denken sei. Im übrigen würden den Gemein- ...
den dieses Jahr aus den Garantiefonds erheblich größere Ver- ...
träge zustehen als vorgesehen. Über die Entwicklung der Für- ...
sorgekasse für Gemeinde- und Körperschaftsbeamte herrscht ...
noch Unklarheit. Die Zulassungfrage ist daher nicht so leicht ...
zu lösen. Eine Novelle zum Sparkassengesetz wird in aller- ...
kürzester Frist zugehen. So sehr man auf der einen Seite ...
den Klassen entgegenkommen muß, damit die baumtätige Ge- ...
schäfte machen können, so sehr muß man sich hüten, alles über ...
einen Resten zu schlagen. Man denke nur an die Devisen- ...
spekulation im Oberlande. Wir werden versuchen müssen, eine ...
Linie zu finden, von der ich jedoch heute schon sagen kann, ...
daß sie nicht alle befriedigen wird. Der Minister sagte dann ...
die Erfüllung einiger Wünsche bei der Durchführung der ...
neuen Gemeindeordnung zu. Er dankte für die der gesamten ...
Beamtenchaft gezollte Anerkennung; sie habe es in der ver- ...
gangenen schweren Zeit an Arbeitsfreudigkeit nicht fehlen las- ...
sen. Einzelne Fälle von Unregelmäßigkeiten seien kein An- ...
laß, mit unseren Beamten unzufrieden zu sein. Der Minister ...
äußerte sich hierauf über die Organisation der Technischen Not- ...
hilfe, die eine Reichsgründung sei und nach dem Willen der ...
Reichsregierung nur eingesetzt werden dürfe, wenn lebensnot- ...
wendige Betriebe (Gas, Wasser, Elektrizität und Eisenbahnen) ...
in Gefahr sind. Die Technische Nothilfe als Abwehrmaßnahme ...
gegen Streiks zu benutzen, lehnen wir ab. Wir haben uns ...
ein Vetorecht vorbehalten, wann und wo die Nothilfe eingesetzt ...
werden soll. Aber ihre Anwendung besteht zwischen Reichs- ...
und Länderregierungen, sowie den Vertretern der Technischen ...
Nothilfe keine Meinungsverschiedenheit.

Ein Antrag auf Schluß der allgemeinen Aussprache fand ...
mit 81 gegen 11 Stimmen Annahme.

In der Einzelberatung vermißt Abg. Rausch (Soz.) Beiträge ...
zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten und Tuberkulose. ...
Würden die reisenden Schüler einmal durch die Heilanstalten ...
geführt und dort die Folgen der Verirrungen sehen, so könnte ...
das besser wirken als Vorträge. Durch die Reglementierung ...
vermag man der Prostitution nicht zu Leibe zu rücken. Ge- ...
boten ist der schärfste Kampf gegen die geheime Prostitution ...
und dazu diene der dem Reichstag vorliegende Gesetzentwurf.

Abg. Frau Dr. Bernays (D. Rip.) legt den größten Wert ...
auf vorbeugende Maßnahmen und beantragt zu diesem Zweck ...
den Ausbau der polizeilichen Fürsorgetätigkeit. Den § 180 ...
in der heutigen Form aufrecht zu erhalten, sei eine Unmög- ...
lichkeit. Die ethischen Schwierigkeiten, hier die richtige Lö- ...
sung zu finden, seien freilich groß. Bei allem Mitgefühl für ...
die unglücklichen Geschöpfe müssen wir doch sagen, daß wir die ...
Lebensführung der Prostituierten beurteilen. Es gilt, das ...
moralische Gefühl der heranwachsenden Mädchen gegen die ihm ...
drohenden Gefahren wach zu halten.

Abg. Dr. Jester (Nt.): Wir dürfen uns nicht einbilden, ...
mit irgend einem System die gewerbsmäßige Unzucht auf ab- ...
sehbare Zeit aus der Welt zu schaffen. Die Frage ist nur, ...
ob wir mit dem Übergang zu einem anderen System die Zu- ...
stände nicht verschlechtern. Dies trifft zweifellos bei Annahme des ...
vorliegenden Reichsgesetzentwurfes zu. Redner tritt daher für ...
die Beibehaltung der bisherigen Strafbestimmungen und best- ...
mögliche Durchführung aller Vorschriften zur Bekämpfung der ...
Geschlechtskrankheiten und Überwachung der gewerbs- ...
mäßigen Unzucht ein. Wir werden der polizeilichen Kontrolle ...
nie und nimmer entbehren können, wenn wir nicht davon ab- ...
geben wollen, daß die Prostitution ein unmoralisches unehrliches ...
Handwerk ist. Der § 180 soll verhindern, daß sich die gewerbs- ...
mäßige Unzucht in allen Stadtteilen, dazu noch in der Nähe ...
von Schulen breit macht.

Ministerialdirektor Leers: Die badische Regierung hat von ...
vornherein auf dem Standpunkt gestanden, jeder Ab schwächung ...
in der Bekämpfung der gewerbsmäßigen Unzucht wider- ...
sprechen zu müssen. Wir traten deshalb für Aufrechterhaltung ...
des § 180, Ziff. 6 ein. Die Fürsorgeämter haben Merkmal- ...
neswertes geleistet. Die im Antrag Bernays gemalte Auf- ...
klärung wird schon durch die Vereine befragt. Der Weg der ...
Filmvorführungen ist eine fragwürdige Sache. Das Lichtspiel- ...
gesetz hat den Einfluß der Polizei für Baden wesentlich be- ...
schritten. Die Bezirksämter sind angewiesen, sofern ein ge- ...
prüfter Film Anlaß zu Beanstandungen gibt, alsbald den ...
Staatsanwalt anrufen und sich gegebenenfalls an das Mi- ...
nisterium zu wenden, damit es wegen der Gemeingefährlichkeit ...
der Vorführung den Widerruf erwirkt. Auf dem Gebiete der ...
Schundliteratur ist eine durchgreifende Regelung nur auf dem ...
Wege der Reichsgesetzgebung möglich.

Abg. Kullmann (Soz.): Die Schundliteratur durch polizei- ...
liche Maßnahmen bekämpfen zu wollen, wird ein wirkungs- ...
loses Unternehmen sein. Auch hier hat das Kapital seine ...
Länder im Spiel. Um der Gefahr zu begegnen, ist von grund- ...
legender Bedeutung die Erziehung zum Schönen und Ge- ...
schmackvollen schon in der Schule. Gute beherrschende Filme ...
müssen gezeigt werden durch Filme unterhaltender Art, die sich ...
in den Grenzen des guten Geschmacks bewegen, um dem ein- ...
mal vorhandenen Unterhaltungsbedürfnis aller Kreise zu ge- ...
nügen. Die Frage der Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten ...
ist eine Existenzfrage des Volkes. Die Reglementierung hat ...
in Bezug auf die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten völlig ...
verfehlt. Redner führt sodann eine Reihe von Gründen an, die ...
gegen den Zentrumsantrag sprechen.

Nach einer kurzen Geschäftsordnungsdebatte wurde die Wei- ...
terberatung auf Freitag, nachmittags 4 Uhr, vertagt. Schluß ...
8 Uhr.

Berichtigung und Ergänzung.

In dem uns zugegangenen D.-Z.-Bericht des (dem Wolff- ...
bureau angelegerten) „Süddeutschen Nachrichtenbureaus“ ...
über die gestrige Nachmittagsitzung waren durch ein Versehen ...
des erwähnten Bureaus einige Absätze ausgelassen. Wir ...
tragen die betreffende Stelle, die nach dem ersten Witz der ...
Ausführungen des Abg. Dr. Rausch (D. Rip.) einzufügen ist (hin- ...
ter dem Satz: „Ein denkendes Volk sollte sich daran gewöh- ...
nen, überflüssiges zu entbehren“) hiermit ergänzend nach. ...
Sie lautet:

Zum Schluß protestiert Abg. Dr. Rausch dagegen, daß ...
Männer wie Hindenburg und Ludendorff verunglimpft wer- ...
den. (Zwischenruf links.) Führen wir unseren frühe- ...
ren Feinden vielmehr vor Augen, daß der Vortwurf von ...
Deutschlands Weinschuld am Kriege unbegründet ist (Weisfall ...
bei der Mehrheit).

Abg. Ritter (Nomm.) wirft dem Minister des Innern Kem- ...
mele vor, er hätte das bei den Mannheimer Ostermontags- ...
demonstrationen verpönte Arbeiterlied auf dem Gewissen und ...
wird dafür vom Präsidenten zur Ordnung gerufen. Auch im ...
weiteren Verlauf seiner Ausführungen mahnt der Präsident ...
zur Mäßigung. Abg. Ritter betonte am Schluß seiner Aus- ...
führungen, daß die kommunistische Partei den gesamten Etat ...
ablehnen müsse.

Der Kampf gegen die bürgerliche Gesellschaftsordnung bildet ...
auch den Untergrund der folgenden Rede des

Abg. Freyhof (N.S.P.), der gleichfalls den Etat ablehnt.

Abg. von Au (Landbund) gibt zu, daß wir über die kritischen ...
Jahre viel leichter hinweg gekommen sind, als dies anderwärts ...
der Fall war. Die Deamtenchaft sei treu zur Regierung ge- ...
standen. Wir können uns in Baden sehr wohl auf eine ge- ...
meinsame Arbeit einstellen. Die Benutzung sei in allen ...
Kreisen unseres Volkes zu finden. Zu den wirklich Notleiden- ...
den im deutschen Vaterlande gehöre heute der gesamte Mittel- ...
stand.

Der nächste Abjah des gestrigen Berichts: „Redner vertritt ...
die Auffassung“ usw. bezieht sich also nicht, wie es nach dem ...
gestrigen Bericht scheinen mußte, auf den Abg. Rausch, son- ...
dern auf den zuletzt erwähnten Redner von Au.

Zur Freilassung politischer Gefangener.

Der Ausschuh für Justiz- und Verwaltung hat am Mitt- ...
woch, 8. März, den Antrag Freyhof u. Gen. wegen Freilassung ...
der politischen Gefangenen und Niederschlagung aller schwe- ...
benden Kommunistenprozesse beraten.

Nach Begründung durch die Antragsteller wies der Justiz- ...
minister darauf hin, daß nach den bestehenden verfassungs- ...
rechtlichen Bestimmungen die Begnadigung dem Staatsmini- ...
sterium aufstehe, zur Niederschlagung von Prozessen jedoch ...
ein Gesetz notwendig sei.

Der Berichterstatter Schö n lam zum gleichen Ergebnis und ...
beantragte Ablehnung des Antrages auch im Hinblick darauf, ...
daß eine Reichsamnestie unmittelbar bevorstehe. Das Justiz- ...
ministerium habe 211 Straffallen, die politischen Charakter ...
haben könnten, überwiesen. Davon sei jedoch ein großer Teil ...
erledigt, ein anderer Teil würde in das Gebiet der Reichsju- ...
stizändigkeit fallen.

Ein Zentrumredner war der Auffassung, daß der ...
Antrag zunächst an das Staatsministerium gerichtet werden ...
müßte. Er ersuchte die Antragsteller den Antrag zurückzu- ...
ziehen. Die Antragsteller lehnten das Ersuchen ab.

Ein Sozialdemokrat stellte den Antrag auf Vertaa- ...
gung. Der Berichterstatter sollte zusammen mit dem Justiz- ...
ministerium alle Fälle ausscheiden, welche zur Reichsjustiz- ...
fähigkeit gehören, oder bereits durch Begnadigung oder Strafver- ...
bühung erledigt sind. Die übrig bleibenden Fälle könnten dann ...
einer genauen Prüfung unterzogen werden. In der Zwischen- ...
zeit hätten die Antragsteller die Möglichkeit, ihren Antrag des ...
rechtlchen Verhältnissen anzupassen.

Dieser Antrag wurde mit allen gegen 6 Stimmen abge- ...
lehnt. Der Antrag des Berichterstatters mit allen gegen 5 Stim- ...
men angenommen.

Die Reform der Reichsversicherungsordnung.

Eine längere Aussprache führte im Reichsplegenausshuh ...
der Antrag R a r u m u. Gen., bei der Reichsregierung die ...
Aufhebung der §§ 898—902 der Reichsversicherungsordnung zu ...
beantragen, herbei. Der Berichterstatter beantragte Ableh- ...
nung des Antrages, weil damit zu rechnen ist, daß die Reichs- ...
versicherungsordnung in absehbarer Zeit umgebaut wird. Des ...
sozialdemokratische Vertreter wies noch darauf hin, ...
daß die Versicherten selbst bei der Unfallversicherung keinen ...
Einfluß haben. Der Antrag des Berichterstatters wurde mit ...
allen bürgerlichen Stimmen angenommen.

Altershilfe des deutschen Volkes.

DZ. Erzbischof Dr. Karl Fritz richtet an die Diözesanen ...
einen Aufruf, der vielen Notleidenden zu gedulden, deren ...
geringe Vermögen durch die Not der Zeit aufgebraucht werden ...
und die jetzt an den Bettelstab gebracht sind. Unter diesen ...
Schwergeschädigten sind viele kleine Rentner, Witwen, die mit ...
ihren Kindern den Vater und Ernährer früh verloren und im ...
herben Leid geprüft durchs Leben gingen, zahlreiche treue ...
Dienstboten, die in jahrelanger opferreicher Arbeit und Ent- ...
behrung für die alten Tage einen kleinen Vorrat gespart ...
haben. Der Erzbischof fordert den Klerus der Erzbischöfe auf, ...
bei der Durchführung der Hausammlung für die Altershilfe ...
des deutschen Volkes in tatkräftiger Weise mitzuwirken. Die ...
Geistlichen werden weiterhin aufgefordert, auch auf die große ...
Not in Rußland hinzuweisen und für die eingeleitete Sam- ...
lung einzutreten, die als Totenopfer zum Gedächtnis an den ...
verstorbenen Papst seinem Nachfolger überreicht werden soll.

Badischer Weinbaubund.

DZ. Der Badische Weinbaubund befahte sich in seiner ...
letzten Sitzung am 1. März 1922 in Freiburg mit der Ab- ...
haltung des diesjährigen deutschen Weinbaugresses, der in den ...
Tagen vom 7. bis 9. September d. J. in Freiburg i. B. statt- ...
finden wird. Der deutsche Weinbaugress zerfällt zunächst ...
in innere Veranstaltung des deutschen Weinbaubundes mit ...
Unterausschuß- und Verbandsausschußsitzungen, dann in öf- ...
fentliche Versammlungen mit Vorträgen erster Kräfte über ...
wichtige und im Vordergrund des Interesses stehende Fragen ...
des Weinbaues und der Kellerwirtschaft. Während der Tagung ...
findet eine Ausstellung von Geräten und Maschinen des Wein- ...
baues und der Weinbehandlung sowie der damit zusammen- ...
hängenden Gewerbe und Industrien statt, deren Organisation ...
von der Stadt Freiburg in entgegenkommender Weise über- ...
nommen wird. Ebenso auch die Veranstaltung von Ausflügen ...
in die Umgebung Freiburgs und die benachbarten Rebgebiete. ...
Seitens des badischen Weinbaubundes wird an einem der ...
Kongresttage eine Kostprobe badischer Weine abgehalten, bei der ...
typische Gewächse aller badischen Weinregionen den Besuchern ...
vorgestellt werden.

Weiter fand in der erwähnten Beratung eine Aussprache ...
über die derzeitige Lage des Weinbaues statt, wobei besonders ...
die Frage der Einfuhr ausländischer Weine durch die neueren ...
Abkommen der Reichsregierung mit einigen Einfuhrstaaten ...
des Feindbundes und die Einfuhrkontrolle behandelt wurden. ...
Auch die Kündigung des Handelsvertrages durch Spanien bil- ...
dete einen Gegenstand der Beratung, seitens der Vertreter ...
des badischen Weinbaues wurde betont, daß bei der Neurege- ...
lung des Handelsvertrages streng darauf geachtet werden ...
müsse, daß nur solche Arten von Weinen eingeführt werden ...
sollen, die den Verbrauch deutscher Weine nicht schädigen.

Der Entwurf des Gesetzes zur Änderung des Landessteuer- ...
gesetzes gab Veranlassung zu nachstehender einmütiger Ent- ...
scheidung:

„Der heute in Freiburg versammelte Badische Weinbauber- ...
band erhebt entschieden Protest gegen die geplante neue Be- ...
lastung des Weines mit folgender Gemeindesteuer, wie sie der ...
§ 13 B des Entwurfes eines Gesetzes zur Abänderung des ...
Landessteuergesetzes vom 30. März 1920 vorträgt. Der Wein ...
ist durch die Reichsweinsteuer und die Umsatsteuer schon so ...
schwer besteuert, daß er eine weitere Belastung nicht mehr er- ...
trägt. Im übrigen wird die Durchführung der geplanten ...
Steuer in der Praxis auf so große Schwierigkeiten stoßen, daß ...
die Kosten der Erhebung in keinem vernünftigen Verhältnis ...
zu dem Steuerertrag stehen werden, ganz abgesehen von den ...
neuen Nachweisungen und Kontrollen, mit denen der Weinbau ...
und der Weinhandel durch sie belastet wird.“

Französische Möbelausfuhr nach Deutschland.

Der Präsident der französisch-deutschen Möbelausfuhrkom- ...
mission teilt folgendes mit: Alle Transporte von deutschem ...
Gausrat, welche bis 1. April 1922 nicht ausgeführt sind, wer- ...
den nur noch auf Kosten der Möbelbesitzer durch die Mö- ...
belausfuhrkommission ausgeführt, es sei denn, daß dieselben ...
es vorziehen, im Benehmen mit dem „Möbeltransport und ...
Etsch-Lothringen, S. m. S.“ in Offenburg, den Abtrans- ...
port ihres Mobiliars auf eigene Kosten selbst durchzuführen. ...
Nach dem 1. April 1922 werden durch die Kommission nur ...
noch diejenigen Transporte unentgeltlich durchgeführt, welche ...
durch Maßnahmen der Behörden oder durch die Kommission ...
verzögert, oder durch Pfändung, Prozesse u. dgl. verhindert ...
worden sind. An alle deutschen Möbelausfuhrkommissionen, welche die ...
Ausfuhr ihrer Habe aus Etsch-Lothringen noch nicht beauf- ...
tragt haben, ergoht daher die dringende Aufforderung, sich ...
dieserhalb unverzüglich mit der deutschen Abteilung der Mö- ...
belausfuhrkommission in Regl in Verbindung zu setzen. Die ...
Beteiligten werden gebeten, zu bemerken, daß zur Begrün- ...
dung der unentgeltlichen Ausfuhr die Eingabe des Antrages ...
vor dem 1. April 1922 nicht genügt, sondern daß die Ausfuhr ...
bis dahin durchgeführt sein muß.

DZ.

Kurze Nachrichten aus Baden.

DZ. Schwetzingen, 8. März. In einer außerordentlich gut besuchten Versammlung ist heute abend hier eine Ortsgruppe des Landesvereins „Badische Heimat“ ins Leben gerufen worden.

DZ. Baden-Baden, 9. März. Die Arbeit wurde heute morgen 7 Uhr allgemein wieder aufgenommen.

Offenburg 9. März. Hier fand gestern eine Besprechung zwischen Vertretern der Bedarfs- und Liefergemeinden des Bezirkes über die Frage des Milchpreises statt.

DZ. Billingen, 9. März. Der Badische Waldbesitzerverband hat hier am vergangenen Montag die große Frühjahrslangholzauktion abgehalten.

Aus der Landeshauptstadt.

NA. Weitere Erhöhung der Brotpreise? Von der städtischen Preisprüfungsstelle wird mitgeteilt: Mit Rücksicht auf die neuerliche Steigerung der Mehlpreise — Weizenmehl kostete heute 1800 M., Roggenmehl 1400 M. der Doppelzentner — hat die

Karlsruher Bäckerinnung die weitere Erhöhung der Preise für markenfrees Brot beantragt. Es sollen kosten: ein 100 Gramm Wasserbrot 2.10 M., 50 Gramm Weizenbrot 5 M., 500 Gramm Weizenbrot 10 M., 200 Gramm Halbwasserbrot 2.75 M., 400 Gramm Halbwasserbrot 6.40 M., 500 Gramm Kornbrot 6.70 M., 100 Gramm Zwieback 4 M. bis 4.20 M., Tafelbrot, Krumenbrot, Milchbrot, Salzwafer, Salzbrötchen, Salzstangen, Salzbrezeln, Rohnbrötchen, Laugenbrot usw. 1.05 M.

Die Ein- und Verkaufsgenossenschaft badischer Blinder, Karlsruhe hielt dieser Tage ihre 4. ordentliche Generalversammlung ab, die sich zu einer Erhebung für den ausscheidenden bisherigen Leiter, Herrn Ernst Voeb gestaltete.

DZ. Ein Spielernetz wurde gestern in einem Kaffee der Mittelstadt durch die Polizei aufgehoben.

Badische Gemeindegewalt.

DZ. Sasbach i. R., 8. März. Der Bürgerausschuss hat in seiner letzten Sitzung den vom Gemeinderat vorgelegten Gehaltsstarif für die Gemeindegewalt mit 23 gegen 22 Stimmen abgelehnt.

DZ. Forzheim, 9. März. Als Ergänzung zu der Vorlage über das Bauprogramm für 1922 und die Erhebung der Wohnungsabgabe ist den Mitgliedern des Bürgerausschusses noch eine Vorlage über die Annahme einer Anleihe im Betrage von 40 Millionen Mark zugegangen.

Staatsanzeiger.

Auf Grund der in der Zeit vom 20. bis 23. Februar 1922 gehaltenen Prüfung der Kandidaten für den staatlichen Eichungsdienst wurden nachgenannte Eichungsgehilfen zur Beförderung des staatlichen Eichungsdienstes für befähigt erklärt:

Philipp Blümmel in Karlsruhe, Josef Brech in Freiburg, Adolf Baum in Karlsruhe, Ernst Metzger in Mannheim, Hermann Schneyr in Karlsruhe und Ludwig Biesler in Konstanz.

Gleichzeitig wurden die Genannten zu außerplanmäßigen Eichungsgehilfen ernannt.

Karlsruhe, den 8. März 1922. Ministerium des Innern. Der Ministerialdirektor: Beer.

Personeller Teil.

Ernennungen, Beförderungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten.

Aus dem Bereich des Staatsministeriums.

Ernannt:

Gef. Oberregierungsrat Karl von Wilsleben, Landeskommissar für die Kreise Karlsruhe und Baden, sowie Oberlandesgerichtsrat Robert Müller zu Mitgliedern des Kompetenzgerichtshofs.

Ministerium des Innern.

Ernannt:

Oberregierungsrat Ludwig Kühn bei der Landesversicherungsanstalt Baden in Karlsruhe zum Verwaltungsobersekretär beim Bezirksamt Heidelberg, Kangleisekretär Emil Brugger beim Bezirksamt Freiburg zum Verwaltungsassistenten, die Kangleisekretärin Johanna Hoffmann beim Bezirksamt Heidelberg und Julius Hartmann beim Bezirksamt Säckingen zu Kangleisekretären.

Befördert:

Verwaltungsoberinspektor Arthur Lüthy beim Bezirksamt Karlsruhe zu jenem in Forzheim, Verwaltungsoberinspektor Friedrich Manrath beim Bezirksamt Forzheim zu jenem in Karlsruhe, Verwaltungsobersekretär Johann Beger beim Bezirksamt Forzheim zu jenem in Schopfheim, Verwaltungsobersekretär Ernst Littitz beim Bezirksamt Karlsruhe zu jenem in Offenburg, Verwaltungsoberinspektor Karl Böller beim Bezirksamt Offenburg zu jenem in Mannheim.

Verwaltungsoberinspektor.

Planmäßig angestellt:

Josef Heim, Werkgehilfe bei der Heil- und Pflegeanstalt Menau als Oberwerkführer.

Ministerium der Finanzen.

Ernannt:

Der Baupinspektor Emil Althaus in Emmendingen zum Bauoberinspektor beim Bezirksbauamt Mannheim.

Befördert:

Der Bauobersekretär Max Seiner in Mannheim nach Emmendingen.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Tagessordnung der am 11. März 1922, vormittags 1/9 Uhr, im Bezirksratsaal in Karlsruhe stattfindenden Bezirksratsitzung.

A. Verwaltungsgerichtliche Sachen. Ortsarmenverband Mannheim gegen Bad. Staatskasse, Ersatz von Unterstützungskosten für Nat. Straus Bwe. bet. B. Verwaltungssachen: 1. Wirtschaftsgesuche aus Karlsruhe-Stadt: Wilhelm Kauls, Kantine der ehemaligen Artillerie-Kaserne hier; Gustav Daubenberger Eheleute, Verlegung von „zur Schumpel“ nach „zum Württemberger Hof“; Jakob Mambler, Schankwirtschaft „zum Augarten“ hier; Alois Herrmann, Kantine der ehemaligen Telegraphenkaserne hier; Vera Hecker Bwe., Verlegung von „zum Jägerhaus“ nach „zum Dragoner“; Karl Euler, Schankwirtschaft „zur Katalbahn“; 2. Beschwerde der Frau Fräulein Winteler hier gegen Verlegung der Baugenehmigung; 3. L. & A. Schwarzenberger, Lumpenlagerung an der Zimmerstraße; 4. Kleinwohnungsbau des Wilt. Mittel in Welschnereut bet.; 5. Dienstpolizeiliches Verfahren gegen einen Gemeindebeamten; 6. Ausweisung von Kreiswegen aus der Kreisfürsorge; 7. Entziehung des Drochsenführerscheins des Albert Gorr hier bet.

Karlsruhe, den 8. März 1922. Bezirksamt. D.3.21

Inlandslegitimierung ausländischer Arbeiter betreffend.

Wie in den vergangenen Jahren wird auch in diesem Jahre die Inlandslegitimierung ausländischer Arbeiter durchgeführt. Die Anträge sind bis zum 15. März 1922 bei den Ortspolizeibehörden, bei denen die näheren Bestimmungen über die Inlandslegitimierung eingesehen und die Antragsformulare erhoben werden können, einzureichen. Im Falle der verspäteten Antragstellung tritt eine Gebührenerhöhung, u. U. Ausweisung ein. In diesem Jahre kann den Legitimationsanträgen nur dann stattgegeben werden, wenn die Beschäftigung des ausländischen Arbeiters durch das Landesamt für Arbeitsvermittlung in Karlsruhe genehmigt ist, und wenn der Arbeitgeber die ihm bei der Beschäftigung ausländischer Arbeiter obliegenden Verpflichtungen auf einem besonderen Verpflichtungsschein, der gleichfalls bei der Ortspolizeibehörde erhältlich ist, durch Unterschrift anerkannt hat.

Karlsruhe, den 7. März 1922. Bezirksamt. — Polizeidirektion. D.3.29

Altes Silber u. Gold Platin Brillanten kauft zu allerhöchsten Preisen H.58 Emil Feißkohl Juwelier Karlsruhe. Kaiserstraße 67.

Total-Ausverkauf.

Aus unseren Restbeständen empfehlen wir als sehr preiswert:

- Herrren- und Burschenanzüge . . . von M. 400 an
Herrrenulster zu M. 130
Knabenanzüge graubraun zu M. 150
Kinder- u. Mädchenkleider von M. 60 an
Männerhemden grau Tricot zu M. 45
Männerunterhosen neu zu M. 15
Kinderschuhe in braun und schwarz, äußerst billig.
Kleiderbügel, per Stück M. 1.50 per Duzend . M. 15

Schluss des Ausverkaufs 1. April ds. Jh.

Städtische Bekleidungsstelle Karlsruhe

Ausstellungshalle Nordwestecke. Geöffnet von morgens 8 bis abends 6 Uhr. H.91

Badisches Landestheater.

Samstag, 11. März. 7-9 1/2 Uhr. Mk. 25.—. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 1601-2100 und 3401-3500.

Die St. Jacobsfahrt.

Im Landestheater. So. 12. Tannhäuser. 5 1/2 (50.00). — Mo. 13. Volksbühne. G 8. Freund Heißsporn. 7. (25.00). — Die. 14. Legende eines Lebens. 7. (25.00). Th.-Gem. B.V.B. Nr. 1101-1600. — Mi. 15. Volksbühne. E 7. Der Freischütz. 7. (40.00). — Do. 16. Godiva. 7. (25.00). Th.-Gem. B.V.B. Nr. 401-500, 3051-3250. — Fr. 17. Rigolotto. 7. (40.00). — Th.-Gem. B.V.B. Nr. 101-400. — Sa. 18. Judith. 6 1/2 (25.00). Th.-Gem. B.V.B. Nr. 651-1000. — So. 19. Tiefstand. 6 1/2 (50.00). — Mo. 20. Kiste. 7. (25.00). Th.-Gem. B.V.B. Nr. 501-650, alle Nummern über 3500.

Im Konzerthaus. So. 12. Bunter Abend. 7 1/2 (21.00). — Fr. 17. Volksbühne. H 3. Der Piarrer von Kirchfeld. 7. — So. 19. Zwangseinquartierung. 7. (21.00).

Auslösung der Karten für die Teilnehmer der Th.-Gem. jeweils am Montag und Tag der Aufführung in der Geschäftsstelle (10-1/2, 4-6 Uhr). Vorrecht für Umtausch der Vorzugskarten und Vorkaufsrecht der Inhaber von Vorzugskarten am Samstag, den 11., nachm. 1/4-5 Uhr, allgemeiner Verkauf und weiterer Umtausch von Montag, den 13. an.

Bürgerl. Rechtspflege

a. Streitige Gerichtsbarkeit.

Aufgebot

M.331.3.2.1 Konstanz, Der Kaufmann Gustav Schmidt in Mainz-Kastel, vertreten durch Rechtsanwalt Dr. Reinach in Mainz, hat das Aufgebot von 10 jungen Holzverlehnungsindustrialien-Aktien zu 1000 M. mit Dividende ab 1921, Serie 5 Nr. 24821 bis 24830, welche er im Frühjahr 1921 durch Vermittelung der allgem. Eff. Bausp. Gesellschaft, Filiale Mainz, käuflich erworben haben will, und die angehängt in Verlust geraten sind, beantragt. Der Inhaber der Aktien wird aufgefordert, spätestens in dem auf Dienstag, 3. März, 1922, vormittags 9 Uhr, vor dem unterzeichneten Gerichte anberaumten

Betriebsleiter

Für eine größere Holzfabrik Mitteldeutschlands, ca. 700 Arbeiter wird ein durchaus tüchtiger in d. Holzfabrikation erfahrener selbständiger

zum sofortigen Eintritt gesucht. Angebote mit Lebenslauf und Gehaltsansprüchen unter N. 90 an die Expedition der Karlsruher Zeitung.

Aufgebotstermine seine Rechte anzumelden und die Urkunden vorzulegen, widrigenfalls die Staatlosklärung der Urkunden erfolgen wird.

Gleichzeitig ergeht auf Folge Antrag und gemäß § 1019 P.D.O. an die Ausstellerin der Urkunden u. an etwaige Zahlstellen das

Berbot an den Inhaber der Papiere, irgend eine Leistung zu bewirken.

Konstanz, 6. März 1922. Amtsgericht Konstanz, gez. Deufel.

M.3172 Karlsruhe.

Der Landwirt Daniel Fuchs II. in Eggenstein, Ludwigstr. 2, hat beantragt, den verstorbenen Kaufmann Andreas Fuchs, an unbekanntem Orte abwesend, zuletzt wohnhaft in Eggenstein, für tot zu erklären.

Der bezeichnete Verstorlene wird aufgefordert, sich spätestens in dem auf Mittwoch, 6. Dezbr. 1922, vormittags 9 Uhr,

vor dem Bad. Amtsgericht B II Karlsruhe, Akademiestraße 2, 1. Stod, Zimmer Nr. 2, anberaumten Aufgebotstermine zu melden, widrigenfalls die Todeserklärung erfolgen wird.

An alle, welche Auskunft über Leben oder Tod des Verstorlenen zu erteilen vermögen, ergeht die Auforderung, spätestens in dem Aufgebotstermine dem Gerichte Anzeige zu machen.

Karlsruhe, 2. März 1922. Gerichtsschreiberi. Bad. Amtsgerichts B. 2.

Verj. Bekanntmachungen

Baub- und Nadelholzverkauf.

Das Forstamt Kirchzarten in Baden verkauft freihändig aus den Pflanz- und Schmelzplatzungen (Pflanzung Januar 22): Nadelstämme: 7 II., 16,26 Fhm., 16 III., 19,34 Fhm., 47 IV., 33,28 Fhm., 145 V., 52,65 Fhm. und Nadelabschnitte: I.-III., 36 Stück mit auf 21,30 Fhm. I. in 2 Losen. Außerdem: 3 St. IV., 6 Stück V. M. mit auf 2,54 Fhm.; Eichen: 4 St. III., u. IV. M. mit auf 3,17 Fhm. und 6 Eichen IV.-VI. M. mit auf 0,99 Fhm. Das Nadelholz liegt teils beim Holzhauserhaus in Pflanz-Forzeiger: Oberforstwartler, Forzeiger Forstwart Schreiner in Pflanz, teils auf dem Schmelzplatz (St. Wilhelm). Das Nadelholz liegt teils auf dem Wurfhardshofplatz in Pflanz, Forzeiger: Förster Schwan in Pflanz, teils beim Holzhauserhaus in Pflanz, Forzeiger: Forstwart Schreiner von da. Als Bieter werden nur Personen berücksichtigt, die Handelsreiselaubnis haben. Zutritt zur Station Kirchzarten etwa 60 M. (unverbindlich). Kostverzeichnis und nähere Auskunft durch Forstamt und die Forstwarte. Schriftliche Angebote in Prozente des Landesgruppenpreises bis spätestens Montag, den 20. März 1922, M.339